

ZIVILGESELLSCHAFT ZWISCHEN LIBERALISMUS UND KOMMUNITARISMUS

30.11. – 1.12. 2001

Festsaal der Gesellschaft der Ärzte
Frankgasse 8, 1090 Wien

Veranstalter:

**ÖSTERREICHISCHE
FORSCHUNGSGEMEINSCHAFT**

Die Presse
diepresse.com

U.A.w.g.



Anmeldung

Steven BELLER, Visiting Scholar at the Department of History, George Washington University, Washington

Klaus von BEYME, Professor am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg

Emil BRIX, Historiker und Abteilungsleiter im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten in Wien,
Generalsekretär der Österreichischen Forschungsgemeinschaft

Kenneth GERGEN, Professor am Department of Psychology, Swarthmore College, PA/USA

Peter GERLICH, Professor am Institut für Staats- und Politikwissenschaft der Universität Wien

Friso HEYT, Universitätsdozent für Geschichte und Theorie der Soziologie, Amsterdam / Alpbach

Peter KAMPITS, Professor am Institut für Philosophie der Universität Wien

John KEANE, Professor am Center for the Study of Democracy, University of Westminster, London

Chantal MOUFFE, Professorin am Department of Social and Policy Sciences, University of Westminster, London

Jürgen NAUTZ, Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Gesamthochschule Kassel und Universitätsdozent
für Wirtschaftsgeschichte an der Universität Wien

Herlinde PAUER-STUDER, Professorin am Institut für Philosophie der Universität Wien

Manfred PRISCHING, Professor am Institut für Soziologie der Universität Graz

Walter REESE-SCHÄFER, PD Dr. habil. am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hamburg

Hans-Martin SCHÖNHERR-MANN, PD Dr.phil., Dr.rer.pol.habil. am Geschwister Scholl-Institut für politische
Wissenschaft der Universität München

Bert van den BRINK, Tilburg/NL Research Fellow in Political Philosophy of the Royal Netherlands Academy of Arts
and Sciences, Faculty of Law

Barbara WICHA, Professorin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Salzburg

**Tagungsbüro: Österreichische Forschungsgemeinschaft, A-1092 Wien, Berggasse 25,
Tel.: 0043-1-3195770, Fax: 0043-1-3195770, oefg@oefg.at www.oefg.at**

Freitag, 30. November

9.15 *Begrüßung / Einführung in das Tagungsthema* Emil Brix, Wien
Peter Kampits, Wien

9.30 **Die liberale Konzeption von Gesellschaft und Politik** Klaus von Beyme, Heidelberg
Kommentar: Manfred Prisching, Graz

Diskussion

11.00 *Kaffeepause*

11.30 **Zur Theorie des Kommunitarismus** Walter Reese-Schäfer, Hamburg
Kommentar: Herlinde Pauer-Studer, Wien

Diskussion

13.00 *Mittagspause*

14.00 **Civil Society beyond Liberalism and Communitarianism** Chantal Mouffe, London
Kommentar: Barbara Wicha, Salzburg

Diskussion

15.30 *Kaffeepause*

16.00 **Civil Society als Utopie einer konkreten Gemeinschaft?** Hans-Martin Schönherr-Mann, München
Kommentar: Jürgen Nautz, Kassel/Wien

Diskussion

17.30 *Kaffeepause*

18.00 **Who Formulates and Realizes the General Good?** Bert van den Brink, Tilburg/NL
Kommentar: Friso Heyt, Alpbach

Diskussion

20.00 *Empfang*

Samstag, 1. Dezember

9.15 **The Role of Morality and Ethics in a Civil Society** John Keane, London
Kommentar: Peter Kampits, Wien

Diskussion

11.00 *Kaffeepause*

11.30 **A Civil World – Beyond Individual and Community** Kenneth Gergen, New York
Kommentar: Steven Beller, Washington

Diskussion

13.00 *Kaffeepause*

13.30 **Liberales und Kommunitaristisches in der österreichischen Gesellschaft** Emil Brix, Wien
Kommentar: Peter Gerlich, Wien

Diskussion

Ende der Veranstaltung: 15.00

Tagungssprachen: Deutsch und Englisch

Zivilgesellschaft zwischen Liberalismus und Kommunitarismus

Internationaler Forschungsstand und österreichische Perspektiven

Es ist populär geworden, zu glauben, daß weltweit sämtliche Krisen politischer, ökonomischer und sozialer Natur mit einem Mangel an Zivilgesellschaft erklärt und mit Hilfe einer Stärkung der Zivilgesellschaft gelöst werden können. Legitimations- und Finanzierungskrisen des europäischen Wohlfahrtsstaates, Entsolidarisierungsprobleme freiheitsorientierter politischer Ordnungen, Wirtschaftskrisen zentral gelenkter autoritärer Regime und der Neuaufbau demokratischer Ordnungen in den Transformationsstaaten Ostmitteleuropas und Südosteuropas machten den Begriff der Zivilgesellschaft zum weltweit diskutierten Prinzip politischer Ordnung. Was kann dieser Begriff tatsächlich leisten, welche Chancen für die Zukunft menschlichen Zusammenlebens enthält er und warum ist es umstritten, ob der einzelne Mensch oder freiwillige Gemeinschaften in ihrer Autonomie gestärkt werden sollen?

Zivilgesellschaft kann liberal (vom Einzelnen ausgehend) oder kommunitaristisch (von Gemeinschaften ausgehend) gedacht werden. Liberale, konservative und sozialdemokratische Politikansätze konkurrieren dabei um Formen politischer, ökonomischer und sozialer Ordnung, die die Ordnungselemente "Staat" und "Markt" ergänzen und Chancen und Problemen der Globalisierung entsprechen.

Der Begriff "civil society" und seine Bedeutung sind nicht unumstritten, weil er den Schwerpunkt nicht auf die Herstellung von Gleichheit zwischen Menschen legt, sondern einer Gesellschaft möglichst freier Bürger in einer Pluralität von Bindungsoptionen den Weg weist, traditionelle Regulierungsmechanismen zu reduzieren, und gleichzeitig den Anspruch formuliert, soziale Tugenden befördern zu können. Es geht dabei auch um Ausdrucksformen, Möglichkeiten und Grenzen der Demokratie (wie und wo muß eine Demokratie Barrieren gegen Extremismus errichten?) und um die alte Frage von "Zivilcourage" im demokratischen Kontext.

Die Diskussionen werden von Akteuren der Zivilgesellschaft (Bürgern, Parteien, Bürokratie, Nichtregierungsorganisationen, Wissenschaft, Medien) geführt, die mit dem Begriff unterschiedliche Interessen verbinden können. Dies macht die Definition von "Zivilgesellschaft" schwierig und erhöht die Skepsis, daß "Zivilgesellschaft" nur eine sympathische Leerformel sei. Dennoch leisten diese Diskussionen mehr als nur den Begriff der "Gesellschaft" neu zu definieren. Es geht um eine Gesellschaft, die sich auf einen normativen Minimalkonsens geeinigt hat, zu dem vor allem Anerkennung und Toleranz, Fairness, der Ausschluß nichtlegitimierter physischer Gewalt und die Unterordnung unter vereinbarte Verfahrensregeln gehören. In dieser Gesellschaft soll es eine Vielfalt an Freiräumen und Bindungen geben, die auf Selbstorganisation beruhen.

In der politischen Theorie herrscht weitgehende Übereinstimmung hinsichtlich der positiven Bedingungen für eine funktionierende Zivilgesellschaft: Ein demokratisches Regierungssystem, größtmögliche Chancengleichheit für die gesamte Bevölkerung, ein freiheitlich-liberales Rechts- und Verfassungssystem, Marktwirtschaft und ein weitgehender Konsens über die wesentlichen Bestandteile der staatlichen Identität. Innerhalb liberaler Demokratien soll es einen möglichst breiten Raum für Bindungsoptionen geben, die nicht erzwungen sind. Sie sollen diesen Raum ausfüllen und damit neue Chancen für die Formulierung von "Allgemeinwohl" schaffen.

Die gesellschaftliche Organisation wird wieder wie in der Zeit der Aufklärung grundsätzlich diskutiert. Die Rolle und die Rechte des Einzelnen in Gemeinschaften werden nicht mehr allein mit der Forderung einer rechtlichen Demokratisierung aller Lebensbereiche bestimmt. Dabei wird einerseits argumentiert, die Demokratisierung sei im westlichen Modell über das Ziel hinausgeschossen und gefährde zunehmend die Freiheit und die Rechte der Bürger. Man müsse daher eine Zivilgesellschaft schaffen, die auf den Freiheitsrechten der Bürger aufbaut. Diese bürgerliche Demokratiekritik betont die hohe Regulierungsdichte des modernen Staates, die zunehmenden Allokationsprobleme von Umverteilungsprozessen und die negativen Wirkungen von hoher Steuerlast. Machtkontrolle, Verantwortlichkeit, gesellschaftliche Teilhabe, Toleranz, Fairness, Vertrauen und Kooperation müsse für den Einzelnen einfacher und einsichtiger gemacht werden. Andere argumentieren institutionell. Sie sagen, daß die mit dem "Kapitalismus" verbundenen abstrakten Freiheitsrechte in einer globalisierten, immer "rationaler" werdenden Welt demokratische Institutionen aushöhlen und daher neue demokratische Organisationsformen einer Zivilgesellschaft etabliert werden müssen.

Gemeinsam ist beiden Denkrichtungen, daß sie eine Zivilgesellschaft westlichen Typs als erstrebenswerte Norm darstellen. Als ihre Merkmale gelten Autonomie, Netzwerke freiwilliger Vereinigungen, Pluralismus, Legalität, Öffentlichkeit und ein Vermittlungs- und Informationsfluss zwischen Gesellschaft und politischer Macht. Der Einzelne müsse sich in einem "Handlungsraum von Handlungsräumen" (Michael Walzer) möglichst frei bewegen können.

Die Österreichische Forschungsgemeinschaft lädt zu diesem Symposium, um international und mit österreichischer Perspektive diskutieren zu können, was auf Grund liberaler und kommunitaristischer Theorien für die Zukunft gesellschaftlicher Ordnung zu erwarten ist.